

Handelsblatt | 25. September 2009

Fluch in der Karibik

Die Cayman Islands, Hort der Hedge-Fonds dieser Welt, stehen vor dem Bankrott. Das karibische Eiland kann seine Beamten nicht mehr bezahlen.

Klaus Ehringfeld

Henry Smith schätzt Diskretion über alles, sein Gesicht hat sich über Jahre verschlossen, seine Fassade ist undurchdringlich, wie die Ugland dieses Hauses, in dem seine Kanzlei Millionen Dollar verwaltet. Smith wägt seine Worte, als sei er bei Gericht. Er sagt: „Wir hatten ein paar Verluste. Aber wir stellen noch immer Fonds zusammen.“ Smith, Engländer, Wirtschaftsanwalt, Abschluss an der Eliteuniversität Cambridge, lebt seit 1994 Jahren auf den Cayman Islands. Er kam, als die Fondsindustrie zu boomen begann. Man nennt ihn den „Master der Hedgefonds“. Er lächelt, wenn er darauf angesprochen wird, dieses einzige Mal.

Ein paar hundert Meter entfernt weht eine kräftige Frau im lila Kleid durch einen Regierungsflur. Juliana O'Connor-Connolly ist spät dran. Ein schneller Händedruck, eine gemurmelte Entschuldigung: Meetings, Besprechungen, man wisse ja. Sie sackt in einen weichen Stuhl am langen Kabinettstisch, schiebt die Brille ins Haar. Sie sagt: „Sie wollen also wissen, warum die Caymans Islands in der Krise sind.“

Juliana O'Connor-Connolly ist Ministerin für Arbeit der Cayman Islands. Sie kämpft gegen die Verzweiflung, ihre und die ihres Landes. Sie hält hier die Stellung. Die anderen Minister und der Regierungschef sind auf Reisen, um das Schlimmste zu verhindern: den Staatsbankrott. Die Aufgabe ihres Selbstverständnisses.

Die Cayman Islands haben einen wundersamen Aufstieg hinter sich. Von einem kleinen karibischen Eiland südlich von Kuba zum fünftgrößten Finanzplatz der Welt. Es gibt 60 000 Einwohner, ein Kino, 289 Banken, und fast zwei Billionen Dollar Brutto sozialprodukt.

Das Geld kam mit Anwälten wie Henry Smith, mit gewieften Finanzarchitekten, die auf der Tatsache, dass hier brutto gleich netto ist, einen Industriezweig gründeten. Auch das um die Welt vagabundierende Kapital braucht eine Heimat.

Das Geld geht, seit die Krise wütet. Ein Fünftel des Staatshaushalts hat sich in Nichts aufgelöst, einfach so.

Die Ministerin Juliana O'Connor-Connolly und ihre acht Kabinettskollegen müssen nun sehen, wie sie mit den Folgen klarkommen: 590 Millionen Dollar Schulden, im Haushalt fehlen 100 Millionen. Die 4500 Beamten sollen auf Teile ihres Gehaltes verzichten, aber das reicht noch lange nicht.

Juliana O'Connor-Connolly empfängt im Kabinetssaal. Einige ihrer Ministerkollegen und Regierungschef William McKeeva Bush weilen gerade in London. Sie beraten mit der britischen Regierung, wie es weitergehen soll. Die Cayman Islands sind eine Kronkolonie. Jedes Gesetz muss der Gouverneur seiner Majestät genehmigen. Hinter ihr hängt ein Bild der Queen, die milde lächelnd auf die Kronkolonie blickt.

Im Paradies der Heuschrecken ist das Geld knapp. Dort, wo jeden Tag Millionen Dollar hin- und her gebucht werden, 93.000 steuerbefreite Firmen ihren Sitz haben und die „Cayman Islands Monetary Authority“, die örtliche Finanzaufsicht, 9906 Hedgefonds registriert hat. Die Summe der Vermögenswerte, die Ende Juni über Banken auf den Cayman Islands gebucht wurden: exakt 1,771,408,000,000 Dollar. Fast zwei Billionen. Einen Großteil davon verwalten Menschen wie Henry Smith. Maples and Calder, die Kanzlei für die er arbeitet, beschäftigt 104 Anwälte, die in lichten Besprechungsräumen millionenschwere Kunden empfangen.

Draußen wiegen sich Palmen in der karibischen Abendbrise. In der hauseigenen Bibliothek sitzen Anwälte mit aufgekrepelten Hemdsärmeln bei gedämpftem Licht an Lesetischen mit Marmorplatten, vertieft in backsteindicke Wälzer mit Titeln wie „Versicherungsrecht“ oder „Lehrbuch des Derivaterechts“. Smith sagt: „Wir sind hier die Marktführer für Hedgefonds.“ Seine Kunden sind Top-Investmentbanken aus New York, London und Hongkong. Ehrensache, dass er keine Namen nennt.

Maples and Calder residiert im Ugland House, South Church Street 135, gleich am Hafen der Hauptstadt. An der Eingangstür gleiten die Namen von Maples und Calder und 18 000 anderen Firmen über einen kleinen grünlich leuchtenden Bildschirm – wie Börsenkurse. Alles „exempted Companies“, steuerbefreite Unternehmen. Sie alle haben hier ihren Sitz, in George Town, in diesem fünfstöckigen Gebäude. Und drei von vier Hedgefonds weltweit haben eine Adresse auf dieser Insel. Theoretisch. Tatsächlich haben sie ein halbes Dutzend Rechtsfabriken wie Maples and Calder, die insgesamt mehr als 400 Anwälte beschäftigen und die Investoren aus aller Welt Sorglospakete anbieten. Firmengründung, Verwaltung, Abwicklung. Alles im

Preis enthalten. Praktisch werden sie meistens von New York oder London gemanagt. Werden Ihre Argumente sind unschlagbar. Die Caymans erheben weder Steuern auf das Vermögen, noch auf die Gewinne, noch auf die den Kauf und Verkauf. Es gibt keine Einkommensteuer. Keine Lohnsteuer. Keine Mehrwertsteuer, Erbschaftssteuer, Grundsteuer.

Als US-Präsident Barack Obama vor ein paar Monaten versprach, er werde 210 Milliarden Dollar jährlich sparen, indem er Steuerschlupflöcher schließe, nahm er das Uglan House als Beispiel. „Entweder ist es das größte Gebäude der Welt oder der größte Steuerbetrug.“

Henry Smith kann naturgemäß in dem was er tut nichts Anrühiges finden. Die Firmen und Holdings zahlten ja bereits Steuern in ihren Heimatländern, also suchten sie sich einen steuerneutralen Sitz für ihre Geschäfte. „Alles im Rahmen der Gesetze.“ Als das Gespräch beendet ist, ruft Smith dem Reporter noch hinterher: „Die Hedgefonds haben die Krise doch nicht ausgelöst.“

Mag sein. Aber sind nicht unbeteiligt, sie haben Spuren hinterlassen. Und Fragen.

„Es hat uns genau wie alle anderen Länder erwischt“, sagt die Arbeitsministerin. Es soll so normal wie möglich klingen. Es soll die Fragen übertönen, die man ihr stellt und sie sich selbst vielleicht auch. Hat die kleine Insel den falschen Weg gewählt? Ist sie ein zu großes Risiko eingegangen? Ist sie nicht selbst schuld?

„Wir sind kein reiches Utopia. Schauen Sie sich doch um.“ Der Blick aus dem dritten Stock des Glaswürfels, dem Regierungssitz, fällt auf das türkis des karibischen Meers, auf Bürogebäude in gedeckten Farben, gepflegte Kolonialbauten, auf Hütten mit Blechdächern. Ein Weltzentrum der Hochfinanz mit dem Charme eines Urlauberdorfs mit typischen karibischen Armutsproblemen.

Während die Dienstleister des Kapitals ihre Millionentransaktionen in klimatisierten Büros der UBS, der Royal Bank of Canada, der Scotiabank, der Deutschen Bank oder der Sul America International Bank einfädeln, hacken an der Hafenmole die Fischer von George Town den frisch gefangenen Rotbarschen die Flossen ab. Neben Bankgebäuden und Anwaltskanzleien im kleinen Stadtzentrum von George Town bieten kleine Läden zollfrei Parfums, Rolex-Uhren und den inseleigenen „Tortuga-Rumkuchen“ an.

Am Hafen gehen noch immer fast täglich riesige Kreuzfahrtschiffe vor Anker, unwirklich weiß und unwirklich groß. Aus ihrem Bauch drängen Urlauber an Land, viele Amerikaner, Männer mit verbranntem Nacken, oft am ganzen Körper tätowiert. Doch etwas ist geschehen.

Die Urlauber werden immer weniger, die Kreuzfahrtschiffe auch. Es kommen weniger Ausländer, die mitverdienen wollen, wenn das um die Welt vagabundierende Kapital einen Briefkasten braucht. Alles Folgen der Krise. Schwerwiegende Folgen für den Staatshaushalt der Caymans: 626 Millionen Cayman-Dollar, rund 530 Millionen Euro, so viel gibt der Inselstaat im Jahr aus. Aber es gibt jetzt nichts mehr, womit er noch etwas einnimmt.

Es fehlen die Gebühren, die jede Firma, jeder Fonds, der neu auf die Insel kommt, zahlt. Der Eintritt ins Steuerparadies kostet zwischen 500 und 2500 Dollar. Es waren viele, die kamen: 45.000 der 60.000 Inselbewohner sind Menschen mit einem ausländischen Pass. Der Staat verdiente gut an den Nomaden der modernen Finanzwelt: 48 Millionen Dollar im Jahr. Gebühren für Land- und Häuserkäufe, für eine Arbeitserlaubnis.

Jetzt aber ist der Traum des immerwährenden Wachstums ausgeträumt. Es kommen keine neuen Firmen mehr. Also werden keine Häuser mehr gebaut und verkauft. Es kommen weniger Touristen. Es fehlen die, die sich die teuren Importwaren leisten können. Also fehlt nun das Geld, das eine 20-Prozent-Steuer auf Importwaren einbrachte; da auf der Insel selbst außer Rumkuchen nichts hergestellt wird, ist das in guten Zeiten ein schönes Geschäft. In schlechten Zeiten ist es ein Problem.

Die jährliche Verwaltungsgebühr, die die ansässigen Finanzunternehmen entrichtet, 3000 Dollar, fängt das nicht auf. Denn die wurde ja schon vorher gezahlt. So kommt es, dass der Wirtschaftsanwalt Smith und die Ministerin O'Connor-Connolly zwar auf die gleiche Insel blicken und doch ein anderes Land sehen. Ein Land, in dem die Geschäfte laufen wie immer. Einen Staat, dem das Geld ausgeht. Keiner von beiden sieht eine falsche Wirklichkeit. Sie sehen nur den Ausschnitt, den sie sehen wollen.

Seit Juni 2008, als die auf der Insel gemeldeten Fonds mit 10.037 ihren Höhepunkt erreicht hatten, hat gerade mal ein Prozent geschlossen. Die Inselregierung aber muss ihr Haushaltsloch stopfen, sie droht alles zu verlieren.

Sie will deshalb einen Kredit über 320 Millionen Dollar aufnehmen, mit langer Laufzeit, also niedrigen Zinsen. Sie hat mit den internationalen Banken alles geklärt.

Die britische Regierung müsste das nur noch genehmigen. Doch sie weigert sich. Sie will es andersherum: erst sollen die Insulaner ihren Haushalt in Ordnung bringen, dann können sie über Kredite nachdenken. „Ich fürchte“, schrieb der Staatssekretär im Außenamt, Chris Bryant, in einem Brief an die Regierung der Caymans. „Sie haben keine andere Wahl, als neue Steuern in Erwägung zu ziehen - zum Beispiel Lohnsteuer oder Grundsteuer.“

Für Juliana O'Connor-Connolly und ihre Kabinettskollegen ist das ein schlechter Scherz, wenn auch ein ernster. Eine Steueroase, die Steuern erheben soll? Und dann? Sie haben nicht vor, all die Firmen, die sie seit den 60er-Jahren angelockt haben, wieder ziehen zu lassen. Die Vertreibung aus dem Steuerparadies kommt nicht infrage.

„Das ist gegen unsere Kultur“, sagt Juliana O'Connor-Connolly, die Arbeitsministerin. „Hier hat es noch nie direkte Steuern gegeben“. Und ihr Regierungschef schrieb, noch kurz bevor er am 12. September in seinen Flieger nach London stieg, eine besorgte SMS an einen Freund: „Ich kann keine Einkommens-, Grundsteuer oder Ähnliches erheben. Meine Aufgabe ist es, das Land zu schützen.“

Die Frage ist, ob stimmt, was er und seine Minister fürchten. Das ihr Traum vorüber ist. Vielleicht aber würde er nur etwas kleiner ausfallen als bisher.

Im „Café del Sol“, wo sich Fort und Panton Street treffen, und wo britische Anwälte in blauen Hemden beim Kaffee sitzen, trinkt auch Eduardo D'Angelo Silva seinen doppelten Espresso. Er streut eine Tüte Süßstoff hinein und preist dazu „the beauty of the model“, die Schönheit des Systems Cayman. „Wir sind ein High-End-Finanzzentrum und bieten den Investoren hohe Rechtsstandards, eine steuerneutrale Umgebung und politische Stabilität“. Deswegen leasen über Firmen auf den Caymans 95 Prozent aller Airlines ihre Flieger“, sagt Silva. Ein freundlicher Mann mit einem runden Gesicht. Sein geduldiger Ton lässt seine Worte so plausibel erscheinen wie die eines Vertreters, der eine Versicherung verkaufen will.

Auch Silva ist ein Zugereister, er kam vor 15 Jahren aus Brasilien. Er war mal Chef der mächtigen Bankiers-Vereinigung auf den Caymans, von 1998 bis 2004. „45 der 50 größten Banken der Welt haben ein Büro oder zumindest eine Booking-Unit auf der Insel.“ Es gehe ja nicht allein um das Wohl der Caymans und das Wohl von ein paar Investoren, die nichts anderes im Sinn haben als

schöne Renditen. Wer Silva länger zuhört, muss das Gefühl haben, es gehe um das Wohl der gesamten zivilisierten Welt. Das ist es, worüber die Engländer jetzt entscheiden wollen.

„Wenn hier direkte Abgaben erhoben werden“, schließt Eduardo D’Angelo Silva, „geht die Finanzindustrie woanders hin.“

Das wäre schlimm für die Cayman Islands, wenn es stimmt.

Denn beinahe alles dort hängt mit den Steuern zusammen. Für fast alle. Die australische Bedienung, die im Sunset-House am schicken Stadtteil South-Sound den Anwälten nach Sonnenuntergang ihre Mojitos reicht, der philippinische Monteur, der die Telefonleitungen repariert oder die honduranische Hausangestellte. Alle sind sie auf den Caymans, weil brutto gleich netto ist und sogar einfachste Arbeiten mit 1000 Dollar im Monat entlohnt werden. Es ist schwer, jemanden zu finden, der den Vorschlag der Engländer nicht von ganzem Herzen ablehnt.

Allerdings finden die Heuschrecken nirgendwo, auch in keiner anderen Steueroase, derart gute Bedingungen vor wie auf den Caymans. Die Bermudas, die Bahamas, die British Virgin Islands oder die Kanalinseln Guernsey und Jersey – alle erheben irgendwelche direkten Steuern.

Frank McField lenkt seine schwarze C-Klasse-Limousine, sein Ziel ist eine andere Welt. Ein schwarzer Mann von 60 Jahren mit einem beachtlichen Leib, er hat in Bremen gelebt und dort einen Dokortitel erworben. Er war mal Sport- und Jugendminister der Insel. McField sieht nicht aus wie ein Radikaler, aber auf diesem sonnenverwöhnten Flecken der Erde ist er es. Er sagt: „Es ist unvermeidlich, Steuern zu erheben.“

Wenige Sekunden sind vergangen, seit die glitzernden Fassaden der Banken und Unternehmensberatungen am Wegesrand verschwunden sind. McField holpert über unbefestigte Straßen, die Rockhole und Swamp heißen, Steinloch und Schlamm. An die Hinterhofparkplätze der Hochfinanz grenzen Blechhütten und einfache Holzhäuser. Hier wohnt die Armut.

Das größte Unglück sei, wenn der Staat eine Transaktionssteuer auf Börsengewinne erhöbe, hatte Eduardo D’Angelo Silva gesagt, der Banker-Boss. „Stellen Sie sich vor, der deutsche Staat würde aus den Tausenden Containern, die jeden Tag in ihrem Hafen in Hamburg umgeschlagen werden, etwas rausnehmen und das an die Bevölkerung verteilen. Was wäre dann los?“ Er hatte die Antwort gleich selbst gegeben. „Diese ganz kleine Steuer macht für

manche Hedgefonds viel Geld aus, denn sie bewegen täglich Millionen von Dollar.“

„Das ist widerlich“, sagt McField. „Die normalen Menschen werden immer weiter weggedrängt.“ Wer in Rockhole oder Swamp nicht für den Staat arbeitet, ist meist ganz ohne Job. Er fährt vorbei an Männern in zerschlissenen Klamotten, die Autos ausschachten. Eine alte Frau erkennt McField und fragt nach ein paar Cent fürs Mittagessen.

Die Cayman Islands, sagt McField, hätten eine Infrastruktur wie die Ersten Welt, aber es herrsche noch immer die Mentalität der Dritten Welt: Eines sei seine Landsleuten nicht klar: „Zwei Dinge kannst Du nicht vermeiden.“

Den Tod und Steuern.